



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/29 - 3.2.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

Volkswille und Parlament	S. 1
Vor dem Parteitag der französischen Sozialisten	S. 3
Ränkespiel im Auswärtigen Amt	S. 5
Satelliten und Sowjetzonenaufrüstung	S. 7

Jedermanns Verantwortung

PR - Man hatte es sich so erfreulich beruhigend vorgestellt: Mit dem 6. September 1953 war man alle Sorgen um die weitere innenpolitische Entwicklung los, die einfache Mehrheit der CDU/CSU und die 2/3 Mehrheit der Regierungskoalition im Bundestag schienen Sicherheit gegen jede unangenehme Überraschung zu geben.

Dieses Gefühl absoluter Geborgenheit durch eine in jedem Fall ausreichende ziffernmäßige Überlegenheit ist einem wachsenden Unbehagen gewichen. Die Mitteilungen über die letzte Kabinettsitzung zeigen das deutlich. Man beginnt zu begreifen, dass auch ein Wahlergebnis wie das vom 6. September 1953 keine Generalermächtigung ist, in der Zeit von vier Jahren nach Gutdünken jede politische Entscheidung treffen zu können. Sicher ist man im Regierungslager auch nicht gut beraten, wenn man den Ärger über diese Erkenntnis so ungehemmt Lauf lässt, dass man ständig wachsende und in die Millionen gehende Teile der Bevölkerung wegwerfend mit "der Straße" identifiziert, indem man sagt, die Tendenz, die Entscheidung über die Pariser Verträge "auf die Straße zu verlagern", werde von der Bundesregierung sehr ernsthaft beurteilt. Oder wenn der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, Kiesinger, im Bewusstsein seiner frischen Würde erklärte, soweit es sich um komplizierte Fragenkomplexe handele, halte er die Masse des Volkes nicht für kompetent (zu deutsch: für zu dumm. D. Red.) mitzuent-

scheiden. Dabei erscheint uns die Antwort auf die Frage, ob es unter bestimmten Bedingungen zumutbar ist, irgend jemandem eine Waffe gegen einen anderen, darunter möglicherweise auch den Vater und den Bruder, in die Hand zu drücken, wirklich gar nicht so kompliziert zu sein. Jedenfalls ist Kiesingers Feststellung eine recht aufschlußreiche Erläuterung des Satzes in Artikel 20 des Grundgesetzes: "Alle Staatsgewalt geht von Volke aus".

Paulskirche - "Zynisches Schwindelunternehmen"

Seltsamerweise sind nun aber diejenigen, die eine Bewegung, entstanden aus ernstester Besorgnis und großer Gewissensnot, als "Aktion der Straße" bezeichnen und die, wie der "Rheinische Merkur" ihren repräsentativsten Ausdruck, die Verkündung des "Deutschen Manifestes" in der Frankfurter Paulskirche, ein "zynisches Schwindelunternehmen" nennen, seltsamerweise sind die gleichen Kreise nun in schwerer Sorge wegen der angeblichen Gefährdung der Demokratie durch sogenannte außerparlamentarische Aktionen. Hier wird mit voller Absicht ein Popanz aufgerichtet und der Eindruck erweckt, als bewege man sich mit öffentlichen Kundgebungen, Unterschriftensammlungen und anderer Mitteln, der öffentlichen Meinung Ausdruck zu geben oder sie zu erforschen, auf undemokratischen Bahnen, als befände man sich auf dem Wege zur Volksdemokratie östlicher Prägung. Natürlich wird dabei verschwiegen, dass das Kriterium dieser Art von Demokratie, die gar keine ist, gerade das Fehlen jeder echten freien Entscheidungsmöglichkeit des Volkes ist, weil es keine politische Freiheit des Einzelnen und bei Wahlen oder Abstimmungen keine echte Alternative zur Regierungs- oder staatsparteilichen These gibt. Wenn auch das Grundgesetz das Mittel des Volksentscheides nicht kennt - andere, sehr viel ältere und bewährte Demokratien, wie die Schweiz, kennen es sehr wohl und wenden es häufig an.

Abgeordnetenmandat keine Generalvollmacht

Hier soll nicht in Abänderung des Grundgesetzes einem Volksentscheid das Wort geredet, es soll aber festgestellt werden, dass Formen der Bekundung des Volkswillens auch außerhalb und neben dem Parlament völlig legitim, ja in vielen Fällen notwendig sind. Dann

nämlich, wenn sich aus immer neuen Anzeichen erwiesen hat, dass in einer schicksalhaften Frage von größter Bedeutung, die gänzlich außerhalb des Rahmens normaler politischer Entscheidungen liegt, die letztgewählte Volksvertretung für den inzwischen mit ganz neuen Tatsachen konfrontierten Volkswillen nicht mehr als voll repräsentativ angesehen werden kann. Weder das Parlament in seiner Gesamtheit, noch der einzelne Abgeordnete werden in irgend einer Weise unter Druck gesetzt. Aber es wird sehr nachdrücklich demonstriert, dass der Auftrag des Abgeordneten keine am Beginn des Mandates ausgestellte Generalvollmacht ist, dass der ständige enge Kontakt mit seinen Wählern zu seinen wichtigsten Pflichten gehört. Gerade die Anhänger des Mehrheitswahlrechtes mit ihrem ständigen Hinweis von der notwendigen ununterbrochenen Verbindung von Wähler und Abgeordneten sollten dafür Verständnis aufbringen. Jedenfalls ist es ganz gewiss nicht der Sinn einer richtig gehandhabten parlamentarischen Demokratie, dass nach der Wahl der Wähler für die Zeit der Legislaturperiode mehr oder weniger entmündigt bleibt.

Verschwörung gegen die Demokratie?

Deshalb ist es nur ein billiger Trick, die wachsende Welle des Widerstandes gegen die Außenpolitik der Regierung eine "Verschwörung gegen die deutsche Demokratie" zu nennen. Von einer Verschwörung kann schon deshalb nicht die Rede sein, weil es sich um das Gegenteil einer geheimen Aktion, nämlich um eine aller Welt sichtbare Willenskundgebung handelt. Und sie dient gerade dem Ziel, das demokratische Verantwortungsbewusstsein des einzelnen Staatsbürgers zu schärfen, ihn aufzurufen, sich die Zusammenhänge zu vergegenwärtigen und die Gefahren zu erkennen, die uns heute drohen. Von dieser Verantwortung ist niemand dadurch frei, dass er vor anderthalb Jahren seine Stimme einem Abgeordneten oder einer Partei unter Umständen gab, die von den heutigen grundverschieden sind.

Umstrittene Europapolitik in der SFIO

J. Sch.-Paris, Anf. Fe .

Die französische Öffentlichkeit beschäftigt sich immer stärker mit der offen zum Ausbruch gekommenen Krise innerhalb der Sozialistischen Partei Frankreichs. Anlass zu unzähligen Kommentaren in der Presse gaben zwei Ereignisse. Einmal die Rebellion der Mehrheit der sozialistischen Parlamentsabgeordneten gegen das Generalsekretariat der Partei, zum anderen der Ausschluss von 16 Abgeordneten durch den Parteivorstand, womit sich die Zahl der Ausgestoßenen auf 17 erhöhte. Jetzt hat die Mehrheit der sozialistischen Parlamentarier, nachdem sie sich dem Parteibeschluss, für die Pariser Verträge zu stimmen, unterworfen hatte, gewagt, ihre Sympathie für die "Rebellen" zu bekunden.

Was waren die Gründe dazu? Die sozialistischen Abgeordneten verfolgten wachsam die Stimmung in den Wahlkreisen, während der Parteivorstand und das Sekretariat - genau wie ein wichtiger Flügel der Force Ouvrieres Gewerkschaften - weiterhin von einer straffen europäischen Konzeption ausgingen, die sie in Fragen der parteipolitischen Taktik in nahe Tuchfühlung zu den katholischen Volksrepublikanern, ja sogar zu solch konservativen Politikern wie z.B. Paul Reynaud brachte. Da in letzter Zeit eine stärkere Annäherung der "europäischen Volksrepublikaner" an die Rechte zu verzeichnen ist, kann man heute in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung bereits von einem Gegensatz sprechen zwischen "reinen Europäern", die die sozialen Restaurationstendenzen nicht zur Kenntnis nehmen wollen (in Rumpfeuropa), und die unter allen Bedingungen, auch den ungünstigsten, die europäische Vereinigung weiterzutreiben suchen und der sozialistischen Gruppe der "Sozialeuropäer", die das Weiterführen dieses Experiments abhängig machen von einer Reihe sozialer Garantien und der Angleichung an den höchsten Lebensstandard. Auch in der Europaidee beginnt die Wirklichkeit des "Klassenkampfes von oben" die Geister zu scheiden. Selbst André Philipp, der Vorsitzende der Sozialistischen Europabewegung, hat hervorgehoben, dass der Rückschlag der "Europäer" in Frankreich

darauf zurückzuführen ist, dass sie in der Politik zu eng verbunden sind mit den sozialreaktionären Tendenzen. Dieser Vorwurf bestand gegen die Europapolitik Guy Mollets in latenter Form.

Dass dies nicht zu Unrecht geschah zeigte sich, als bei der Parlamentseröffnung der bisherige Präsident der Nationalversammlung, Le Troquer von einer Koalition des Zentrums und der Rechten, in der die sog. "Europäer" eine hervorragende Rolle spielen, geschlagen wurde. Die MRP hatte bei diesem Anlass für eine Koalition mit der Rechten optiert. In den Augen der Mehrheit der sozialistischen Parlamentsfraktion war das eine Bestätigung der Unrichtigkeit der Politik des Generalsekretariats, das nie die Hoffnung aufgegeben hatte, die MRP wieder von ihren Rechtsbindungen abzubringen.

Wer sind nun jedoch diese 16, zu denen der bereits früher ausgeschlossene Max Lejeune als 17. hinzuzuzählen ist? Die Gründe, die diese Abgeordneten gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands stimmen ließen, sind bei ihnen nicht einheitlich. Bei einigen, wie Max Lejeune, Edmond Naegelen u.a. die als eigentliche Köpfe dieser "Rébellion" betrachtet werden müssen, scheinen nationale Motive, ebenso wie die der überwiegenden Mehrheit der nichtkommunistischen Gegner einer jeden deutschen Wiederbewaffnung, eine Rolle gespielt zu haben. Eine andere Gruppe, unter der Führung der Abgeordnete Coffin und Savary, kann man als die "Jungtürken" der Fraktion betrachten, die als Vertreter der Idee von einer "neuen Linken" in der Partei sich als Anhänger einer radikaleren Politik in Landesmaßstab auf dem letzten Parteikongress bekannten. Von den beiden Gruppen der "Rebellen" hat nur die zweite einigermassen Verständnis für die Einstellung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und ihren Kampf gegen Militarismus und Restauration. Der Kreis der Parteifunktionäre, der Anhänger und dem Sympathisierenden der SFIO, die langsam die wichtige Rolle der deutschen Sozialdemokratie im Kampf um ein fortschrittliches Europa und gegen die reaktionären "Nureuropäer" zu begreifen beginnen, wird jedoch ständig größer.

So gehen langsam in der demokratischen französischen öffentlichen Meinung Veränderungen vor, die der SPD und ihrem Kampf

gegen Remilitarisierung und für die Wiedervereinigung - wenn auch das letztere Problem wesentlich weniger verstanden wird - Gerechtigkeit widerfahren lassen. Zu gleicher Zeit wird der Mythos von den "europäischen Patentedemokraten" vom Schlege eines Pferdemeniges, Berg, Erhard, für die die Bildung eines Rumpfeuropas der Weg zu einer neuen kapitalistischen Expansion sein soll, zerstört. Die SPJO wird nach den Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen dieser Entwicklung der deutschen Innenpolitik Rechnung tragen müssen. Mögen die Gegensätze innerhalb der SPJO über die Gestaltung eines neues Europas, wobei die Wiederbewaffnung Deutschland die tiefsten Gräben aufreißen mußte, auf dem Parteitag am 5. und 6.2. dazu führen, dass es zu einer Versöhnung der feindlichen Gruppen kommt und damit zu einer gemeinsamen neuen Politik in dieser Richtung, die nicht nur die Schlagkraft der SPJO wieder herstellen, sondern dazu führen würde, dass sich die Ansichten der SPD und der SPJO in Zukunft näherkommen.* * *

Laufsteg bis London

H.G. Unter diesem Titel hat der "Rheinische Merkur" vom 28.1. 1955 eine lesenswerte Betrachtung zu den Auswirkungen der Affäre Daisy d'Ora alias Schlitter gebracht. Frau Schlitter hat bekanntlich als Gattin des gerade abwesenden Botschaftsrates Dr. Schlitter während einer Weihnachtsansprache vor dem Personal der Deutschen Vertretung in London von England als feindlichem Ausland gesprochen. Der "Rheinische Merkur" wendet sich mit Recht gegen die beschönigenden Kommentare der Presse und die auch von Blättern von Rang versuchte Mohrenwäsche.

Die Kamarilla im Auswärtigen Amt, d.h. die Herren aus der Ribbentrop-Zeit, tun nun alles, um Schlitter zu retten und seine Kritiker zu erledigen. Sie haben zunächst den Personalchef des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirigent Dr. Löns, aufs Korn genommen, der im Auftrage des Bundeskanzlers an Ort und Stelle in London eine Untersuchung durchgeführt hat, die zur vorläufigen Rückberufung des Herrn Dr. Schlitter führte. In der Zwischenzeit wurden von mächtigen Freunden für Herrn Schlitter goldene Brücken gebaut; seine Berufung zum Generalkonsul in Mailand soll bevorstehen. - 6 -

Es ist nicht uninteressant, festzustellen, dass in der deutschen Meinungsfabrikation und in der Meinungslenkung ein klar erkennbares System steckt. Das Verhalten der wahrhaft Schuldigen und dazu zählt auch Botschaftsrat Dr. Schlitter und nicht nur seine Gattin, wird systematisch bagatellisiert und ein Großteil der deutschen Presse gibt sich dazu her, die Angehörigen der Deutschen Vertretung in London, die sich über das Verhalten von Frau Daisy entrüstet haben, anzugreifen. Man behauptet, dass die Entgleisung der Frau Schlitter durch deutsche Indiskretion bekannt geworden sei und man unterschlägt oder verschweigt, dass sieben Engländer Zeugen dieser Entgleisung der Frau Botschaftsrat waren. Man zitiert großmütig und großzügig englische Pressestimmen, die von dem Bestreben getragen sind, den Mantel der christlichen Nächstenliebe über den peinlichen Vorfall auszubreiten und man unterschlägt die bitteren Karikaturen und den entsprechenden Text, wie ihn z.B. das Fünf-Millionen-Blatt "Daily Mirror" veröffentlicht hat. Dort wird den Angehörigen der Deutschen Vertretung in London empfohlen, besonders in Anwesenheit der Presse nicht das Lied "Denn wir fahren gegen England" zu singen, dort wird Herrn Dr. Schlitter empfohlen, keinen Toast auf seinen früheren Chef Ribbentrop zu trinken und wird es als taktlos bezeichnet, Aufnahmen von historischen Ruinen in London, Coventry, Plymouth usw. zu machen.

Dieser Tage war Sir Harold Nicolson in Bonn. Gewisse Persönlichkeiten sind an Sir Harold Nicolson herangetreten, um ihn zu veranlassen, von London aus Herrn Schlitter als willkommen zu bezeichnen. Man will also ausgerechnet einen so prominenten Engländer benutzen, um ein Come back geradezu zu erzwingen.

Die alte Garde im Gesamtbereich des Auswärtigen Amtes weiß, was sie ihrem Kameraden aus der Ribbentrop-Zeit schuldig ist. Dieser nutzt seinerseits jede Möglichkeit - und er hat deren viele - um zu erklären, dass alle, die sich über die Rede seiner Frau "zu Unrecht" entrüstet hätten, aus London verschwinden müßten. Die politische Welt wird mit Interesse feststellen, wer im Auswärtigen Amt Herr im Hause ist: Die alte Garde oder der Außenminister, sein Staatssekretär und sein Personalchef.

R.

Die grausamste Form der Neutralisierung

-ler -Der Ostblock hat wiederholt, zuletzt auf der vor wenigen Wochen abgehaltenen Warschauer Konferenz der Sowjetunion und ihrer Satelliten, angekündigt, die westdeutsche Wiederbewaffnung mit der Aufstellung einer ostzonalen Armee zu beantworten. Die Bildung einer dem östlichen Verteidigungssystem angegliederten deutschen Sowjetzonenarmee stößt jedoch in Polen und in der Tschechoslowakei auf die gleichen psychologischen Schwierigkeiten, wie die westdeutsche Wiederaufrüstung bei unserem westlichen Nachbarn. Bei Franzosen, Tschechen und Polen herrscht die gleiche Furcht vor deutschen Soldaten und das gleiche Bestreben ist vorherrschend, die deutsche Wiederbewaffnung dies- und jenseits der Elbe unter Kontrolle zu halten.

Die katholische Wochenzeitschrift, "Echo der Zeit", veröffentlichte kürzlich die Forderungen, die Prag und Warschau hinsichtlich des Aufbaus der ostdeutschen Armee an Moskau stellten:

1. Das Oberkommando der ostdeutschen Armee dürfe nicht in der Hand eines Deutschen liegen.
2. Die Zahl der Mannschaften der ostdeutschen Armee solle 300 000 nicht überschreiten; diese Stärke ist bereits von der Volkspolizei erreicht.
3. Die ostdeutsche Rüstungsindustrie soll verhindert werden, bestimmte "schwere Waffen" herzustellen; diese Waffen sollen der ostdeutschen Armee zur Ausbildung und Übung nur leihweise zur Verfügung stehen.

Diese Satelliten-Wunschliste entspricht haargenau dem Rahmen, in den die zukünftige westdeutsche Armee nach dem Willen ihrer Schöpfer gestellt werden soll. Auch die westdeutsche Armee wird, wie ihr östlicher Gegenpart, der Befehlsgewalt eines Nichtdeutschen, nämlich dem Oberkommandierenden der NATO, unterliegen, auch der westdeutschen Wirtschaft bleibt es verboten, bestimmte Rüstungsgüter herzustellen. Fast hat es den Anschein, als hätten sich die Mächtigen von West und Ost, die sich nun auf das Wagnis einer deutschen Wiederbewaffnung in einem zweigeteilten Deutschland einlassen wollen, gegenseitig in ihre deutschen Militärkarten blicken lassen. Noch ist es freilich nicht soweit und noch bestehen, wenn auch vielleicht nur geringe Chancen, diesen geplanten Wahnsinn der Aufstellung zweier deutscher Armeen ohne ein deutsches Vaterland zu verhindern. Andernfalls käme man zur grausamsten Form der Neutralisierung Deutschlands. Sie würde den Tag zur Gewissheit machen, wo Deutsche auf Deutsche zu schießen hätten.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau